Der Volksfreund

Erscheint wöchentlich einmal, Sonntags.
Zu beziehen durch die Verlagsabteilung des Deutschen Vereins Lodz, Evangelische Str. 5.

Bezugspreis vierteljährlich 3 Mk. einschließlich der Postgebühr.
Anzeigenpreis: 50 Pf. die viergespaltene Kleinzeile.

Nr. 6. Sonntag, den 26. Januar 1919. 1. Jahrgang.

Das Lied im Leid.

Ps. 42,9: Des Nachts singe ich ihm.

Es ist nicht schwer in guten Tagen
Mit frohem Liede Gott zu singen,
Von Herzensgrund ihm Dank zu sagen
Und Liebesopfer darzubringen.
Es ist nicht schwer — und wer's vergißt,
Des Herz voll schnöden Undanks ist.

Doch wenn des Sonnentages Kosen
In Nacht sich wandelt und in Grausen;
Wenn Leidesfluten dich umtosen
Und über dir die Wetter brausen
Und deinem Herzen wird so bang:
Verstummt dann deiner Lieder Klang?

Wohl schweigen in des Wetters Wüten
In dunkler Nacht der Vöglein Lieder;
Wohl schließen sich der Blume Blüten
Und öffnen erst dem Licht sich wieder;
Doch anders soll ein Christenherz
Verhalten sich in Leid und Schmerz.

Es legt sich seinem Gott zu Füßen,
Auch für das Leid ihm Dank zu bringen,
Und wenn dabei auch Tränen fließen
Es kann in dunkler Nacht ihm singen.
Es ist wohl schwer — doch stimm nur an
Das Danklied auf der Leidesbahn!

Bald wirst mit Jubel du es singen,
Die Hände, die dich schlugen, segnen.
Und aus dem Dunkel wirst du dringen
Ins Licht und deinem Gott begegnen
Mit Trost und Hilfe, die er bringt
Dem, der in dunkler Nacht ihm singt.

G. H.

Selbsterkenntnis.

„Herr, daß unsre Augen aufgetan werden!" Matthäus 20,33.

Die Renthofbäuerin ist das lebendige Tageblättchen des Dorfes. Sie ist immer mit den frischesten Neuigkeiten vollgespickt, wie eine Martinsgans mit Speck. Wer irgend ein Vorkommnis rasch unter die Leute bringen will, braucht bloß zu ihr zu gehen: „Frau Nachbarin, wißt Ihr auch schon, was es gestern bei Dingels gegeben hat?" — „Nein. Was denn? Um Gottes Willen, sagt mir's doch!" — „Ja, aber könnt Ihr auch reinen Mund halten? Die Geschichte soll durch mich nicht dorfkundig werden." — „Aber Nachbarin, das braucht Ihr mir erst nicht zu sagen; ich gehöre doch nicht zu den Klatschbasen, die alles gleich herumtragen müssen." — „Nun, dann hört: der Einödsbauer hat für seinen Karl um Dingels Kathrine angehalten, ist aber abgewiesen worden." — „Ist nicht möglich! Das muß ich aber gleich —" damit ist die Renthofbäuerin schon um die Ecke. Natürlich weiß am Abend schon das ganze Dorf „unter dem Siegel der tiefsten Verschwiegenheit" von dem Korb, den sich der Einödskarl geholt hat. Die Ortsschelle hätte es nicht besser bekannt machen können. Ich möchte aber nun keinem raten, der Renthofbäuerin ins Gesicht zu sagen, sie sei eine geschwätzige Elster. Sie wird dann in Flammen kommen ob des himmelschreienden Unrechts, das man ihr antut. Denn sie ist ernsthaft davon überzeugt, daß das Klatschen ihr wider die Natur geht, und sie kann in sittliche Entrüstung geraten, wenn andere Leute mit Zwischenträgerei Unheil angerichtet haben.

Ihr findet das spaßig. Allein ich möchte euch doch bitten, die Sache einmal von der ernsten Seite zu betrachten. Ein jeder von uns hat ein Stück von besagter Bäuerin an sich; ich meine das nicht in bezug auf die Neuigkeitskrämerei, obwohl mancherlei zu sagen wäre über die üble Gewohnheit vieler, ihre Nase in anderer Leute Topf zu stecken, — ich meine das vielmehr heute in bezug auf den Mangel an Selbsterkenntnis. Man findet zuweilen Eltern, die nichts strenger bei ihren Kindern bestrafen, als die Lüge; allein, wo es gerade ihr Vorteil ist, kommt's ihnen auf einen mehr oder weniger krummen Weg nicht an. Und dabei tun sie sich anderen Eltern gegenüber wunder was zugute auf die Erziehung ihrer Kinder zur Wahrheitsliebe. — Oder, mir sind schon Frauen vorgekommen, die nicht genug über die Putzsucht ihrer Dienstmägde wettern konnten, und dabei stolzieren sie einher wie Pfauen. — Ich habe auch noch keinen Geizhals gefunden, der sich für geizig gehalten hätte, wohl aber schon manchen, der über den Geiz als die Wurzel allen Übels reden konnte, wie ein Pfarrer von der Kanzel. Solche Beispiele können ins Endlose gemehrt werden.

Die alten Griechen wußten wohl, warum sie über dem Tor ihres vornehmsten Heiligtums die Inschrift anbrachten: „Erkenne dich selbst!" Nichts ist nämlich seltener als Selbsterkenntnis. Die meisten Menschen gehen durchs Leben und machen viele genaue Bekanntschaften mit anderen, nur nicht die eine Bekanntschaft mit sich selbst. Das hat auch unser Heiland ausgesprochen: „Was siehest du den Splitter in deines Bruders Auge und wirst nicht gewahr des Balkens in deinem Auge?"

Woher diese Seltenheit der Selbsterkenntnis. Nun, es ist gerade keine angenehme Bekanntschaft, die wir in uns selbst machen. Der aufrichtigen Selbsterkenntnis folgt stets das unbarmherzige Selbstgericht auf dem Fuße. Vorher wähnten wir, auf einem hohen Berg zu stehen, und werden mit einem Male inne, daß wir uns in einer tiefen Schmutzlache befinden. Das zu merken ist bitterer als Galle, und darum gehen die meisten Menschenkinder lieber mit ge-

---

Wir bitten **die auswärtigen Bezieher unseres Wochenblattes** und alle übrigen Geschäftsfreunde, Geldbeträge für den „Volksfreund", für die Verlagsabteilung und Geschäftsstelle des Deutschen Vereins von nun ab unter folgender Adresse zu senden:

**Do Banku spółek niemieckich w Łodzi
ul. Piotrkowska 100
dla Stowarzyszenia Niemieckiego.**

Gleichzeitig ersuchen wir die Bezieher des „Volksfreund" das Bestellgeld für das erste Vierteljahr 1919 und soweit noch Rückstände vorhanden sind, auch diese baldmöglichst einzusenden, damit die Zusendung des Blattes keine Unterbrechung zu erfahren braucht.

Verlagsabteilung des Deutschen Vereins.

schlossenen Augen dahin, damit ja der Traum ihrer Vollkommenheit nicht zerrissen werde. Wehe, wehe, — ihnen bleibt das Himmelreich verschlossen, denn seine erste Tür heißt Selbsterkenntnis, Selbstgericht. Darum wenn unser Herr vor uns steht und spricht: „Was wollt ihr, daß ich euch tun soll?" wollen wir fürs erste ihn bitten: „Herr, daß unsere Augen aufgetan werden."

E. G.

Öffentliche Erklärung des Deutschen Vereins.

Der Geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Vereins, Hauptsitz in Lodz, hat in seiner letzten Sitzung die Bekanntgabe nachstehender Erklärung beschlossen:

In den letzten Wochen wurden in der „Neuen Lodzer Zeitung" die führenden Persönlichkeiten des Deutschen Vereins wiederholt in gehässiger Weise angegriffen. Der Geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Vereins hat dieses Treiben bisher stillschweigend beobachtet, ein elementares Reinlichkeitsempfinden gebot ihm Zurückhaltung. Da der Pressefeldzug aber weiter geht und durch ihn, was ja wohl auch sein Zweck ist, die polnische Öffentlichkeit und die staatlichen Behörden voreingenommen gemacht werden gegen die im Deutschen Verein organisierten 29 000 deutschen Volksgenossen im Lande, sieht sich der Geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Vereins veranlaßt zu erklären, daß alles, was gegen die Leiter des Vereins und die ganze Richtung desselben bisher in der „Neuen Lodzer Zeitung" veröffentlicht wurde, sich als Verdächtigung kennzeichnet.

Der Deutsche Verein ist ohne Zutun und ohne Befürsorgung von Seiten der deutschen Verwaltungsbehörden entstanden, ja, er wurde lange Zeit hindurch von diesen Behörden als oppositionell betrachtet, und in seiner Entwicklung gehemmt. Erst als der Deutsche Verein viele tausende von Mitgliedern hatte und nicht mehr ignoriert werden konnte, brachten ihm die deutschen Behörden Interesse entgegen, wie es jede andere Behörde bei gegebenem Anlaß ebenso getan hätte. In einer Zeit, wo neue Verhältnisse sich gestalteten, mußten die führenden Männer des Vereins, der aktiv sein wollte, — und dies gerade deshalb sein wollte, weil andere deutsche Organisationen tot schienen — ebenso wie die Leiter anderer Organisationen und Institutionen natürlich auch mit den Behörden in sachlicher Hinsicht verkehren. Ein gleiches haben in viel umfangreicherer Weise ja auch die polnischen Aktivisten in Lodz, Warschau, Berlin, Wien und anderswo getan. Es sei ausdrücklich festgestellt: Zu keiner Stunde war die Unabhängigkeit des Deutschen Vereins in Frage gestellt, der Deutsche Verein war immer, was er sein wollte, eine Organisation der bodenständigen, einheimischen Deutschen zur Vertretung ihrer Interessen.

Während andere Persönlichkeiten, Vereine und Institutionen sich noch russofil gaben, hat der Deutsche Verein als erste deutsche Organisation Polens in einer Massenversammlung im Dezember 1916 sich bereits auf den Boden des polnischen Staates gestellt. Daß er an die damals feierlich abgegebene Erklärung die Forderung nach Gewährung jener Rechte knüpfte, die nach zeitgemäßen Auffassungen allen Minderheiten zukommen, kann ihm niemand verübeln. Der Deutsche Verein wird den Wunsch nach einer weitgehenden kulturellen Autonomie der jetzigen staatlichen Behörde ebenso vortragen, wie er ihn der deutschen Verwaltung vorgetragen hat. Festzustellen ist ferner, daß der Deutsche Verein seinerzeit gegen die von unverantwortlicher Seite begonnene Agitation für die Abwanderung der hiesigen Deutschen bezw. für ein Reichsdeutschwerden hiesiger Landeseinwohner mit Entschiedenheit aufgetreten ist.

Es ist also Verdächtigung, wenn behauptet wird, die führenden Männer des Deutschen Vereins hätten im Auftrag der deutschen Verwaltung eine deutsche Bewegung gemacht. Sie haben im Dienste der einheimischen Deutschen uneigennützig, unter Leistung persönlicher Opfer gearbeitet. Jede andere Darstellung ist böswillige Verleumdung.

Eine gleichlautende Erklärung ging auch den Lodzer deutschen Tageszeitungen zu.

Der Geschäftsführende Ausschuß
des Deutschen Vereins,
Hauptsitz in Lodz.

Zur Rechtslage des Deutsch-evang. Landesschulverbandes.

Der Deutsch-evang. Landesschulverband hat an den Herrn Minister für Volksaufklärung die folgende Zuschrift gerichtet:

An den Herrn Minister für Volksaufklärung
Warschau.

Am 27. November v. J. sprach eine Abordnung des Deutsch-evangelischen und des Deutsch-katholischen Landesschulverbandes in Polen beim Herrn Minister für Volksaufklärung vor, um aus Anlaß des politischen Umschwunges die Grundsätze erneut darzulegen, von denen sich die beiden Landesschulverbände in der Ausübung ihrer gesetzlichen Rechte und Pflichten leiten lassen, und zugleich um Abstellung verschiedener eigenmächtiger Übergriffe nachgeordneter örtlicher Instanzen gegen Schulgemeinden der Landesschulverbände zu bitten. In längerer Ausführung äußerte der Herr Minister, daß eine Anzahl von Schulgemeinden seinerzeit unter Mitwirkung der deutschen Okkupationsbehörden „mit Gewalt" gegründet worden sei, daß aber in Betreff der deutschen Schulen in Polen vorläufig alles beim alten bleiben solle, bis die Gesetzgebung des polnischen Staates (Konstituante) weiteres verfüge; in diesem Sinne werde der Herr Minister demnächst auch eine besondere Verordnung an alle staatlichen Bezirksschulinspektoren herausgeben.

Im Vertrauen auf diese ministerielle Erklärung richtete der Deutsch-evang. Landesschulverband am 18. Dezember an den Herrn Minister für Volksaufklärung ein Gesuch des Inhaltes, es möchte der nach § 16 Abs. 1 des Gesetzes „über Berücksichtigung von Schulbedürfnissen der Minderheiten" dem Deutsch-evang. Landesschulverband zustehende, bisher regelmäßig geleistete Staatszuschuß möglichst noch vor dem 1. Januar 1919 ausgezahlt werden, wie dies auch im September v. J. dankenswerter Weise geschehen sei, da die besonderen Verpflichtungen der Schulgemeinden beim Jahreswechsel dies wünschenswert erscheinen lassen, damit der Landesschulverband in der Lage sei, ihnen die nach dem rechtsgültigen Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1918/19 auf sie entfallende Staatsbeihilfe rechtzeitig zu übermitteln.

Am 11. Januar d. J. schickten wir an den Herrn Minister für Volksaufklärung ein Telegramm, worin wir mitteilten, daß uns der Staatszuschuß für das laufende Vierteljahr noch nicht zugekommen ist und daß deshalb den Lehrern an den (etwa 500) Schulen des Deutsch-evang. Landesschulverbandes das Gehalt nicht ausbezahlt werden könne, wodurch diese Lehrer und ihre Schulgemeinden in peinliche Verlegenheit geraten. Wir baten in diesem Telegramm nochmals um Anweisung des Staatszuschusses bezw. anderweitige Verfügung. Da wir bis heute ohne Antwort blieben, nehmen wir an, daß weder unser Schreiben vom Dezember v. J. noch unser Telegramm vom 11. Januar an zuständiger Stelle ausgehändigt worden ist, und erneuern hiermit dieses unser Gesuch, da die betreffenden Lehrer bei der ohnehin sehr kärglich bemessenen Besoldung sich in der größten Notlage befinden. Zugleich knüpfen wir hieran, entsprechend dem Beschluß der außerordentlichen Hauptversammlung des Deutsch-evang. Landesschulverbandes vom 3. Januar l. J. die ergebenste Bitte, es möchte der dem Landesschulverband zustehende Staatszuschuß in dem Maße erhöht werden, daß auch die Gehälter der Lehrer an den uns angeschlossenen Schulen den bedeutend erhöhten Gehältern der Lehrer an den staatlichen Schulen gleichgestellt werden können, wie es nach § 7 und 16 des Gesetzes „über die Berücksichtigung von Schulbedürfnissen der Minderheiten" und nach § 1, Abs. 3 der Satzung des Deutsch-evang. Landesschulverbandes rechtsverbindlich vorgeschrieben ist.

In den Kreisen unserer Lehrerschaft wie auch der Schulgemeinden ist nun eine starke Beunruhigung in Betreff der Rechtslage unseres Landesschulverbandes durch die auf der erwähnten Hauptversammlung gemachte Mitteilung eines Lehrers eingetreten, wonach der Herr Minister für Volksaufklärung einer Lehrerabordnung am 23. Dezember v. J. bestimmt versichert habe, daß „der Landesschulverband in den nächsten Tagen durch ein besonderes Dekret aufgehoben werde." Diese Mitteilung hat sich, obwohl die Abordnung behauptete, vom Herrn Minister hierzu ermächtigt zu sein, als unrichtig erwiesen, und es konnte ihr umso weniger Glauben geschenkt werden, als sie in direktem Widerspruch mit der Erklärung stand, die unsere eigene Abordnung aus dem Munde des Herrn Ministers empfangen hat, und außerdem der Rechtszustand der beiden Landesschulverbände auch nach der Auffassang des Herrn Ministers, wie sie aus seiner Äußerung unserer Abordnung gegenüber klar hervorgeht, unverändert ist, solange die gesetzgebende Körperschaft (Konstituante) des polnischen Staates nicht eine neue Rechtsgrundlage schafft.

Nach unserer festen Überzeugung entspricht es nicht den Intentionen einer hohen Staatsregierung, Hunderte von Lehrern, die sich jederzeit als treue Bürger des neuen polnischen Staates bewährt haben, unverschuldetem Elend preiszugeben oder Hunderttausende von Bürgern dieses Staates in die Zwangslage zu versetzen, auf die elementarsten Schuleinrichtungen eines Kulturstaates notgedrungen zu verzichten, und wir bitten deshalb den Herrn Minister, gütigst veranlassen zu wollen, daß den beiden Landesschulverbänden der Staatszuschuß überwiesen oder, wenn das aus irgend einem Grunde nicht geschehen sollte, gefl. das Erforderliche veranlaßt werde, damit die gesetzlich und menschlich begründeten staatsbürgerlichen Ansprüche der unschuldig leidenden Lehrer baldmöglichst befriedigt werden können. Wir unterzeichneten Direktoren des Deutsch-evang. Landesschulverbandes nehmen zugleich die Gelegenheit wahr, unsere dem Herrn Minister noch im Dezember v. J. übermittelte Erklärung zu wiederholen, daß wir beide bereit sind, von unsern Posten als Leiter des Deutsch-evang. Landesschulverbandes ungesäumt zurückzutreten, wenn der Herr Minister er-

klärt, daß das deutsche Schulwesen in Polen nur unter der Voraussetzung dieses Rücktrittes zu sichern sei. Denn die unbedingte Erhaltung des deutschen Schulwesens in Polen im Dienste des polnischen Staates steht uns unendlich höher als jegliche Erwägung persönlicher Natur. Wir haben uns dieser bedeutsamen Aufgabe, in der wir ein Lebenswerk der höchsten Kraftanspannung wert erblickten, mit aller Hingabe gewidmet und sind auch Willens, auf diesem Posten auszuharren, auf den uns das Vertrauen unserer Mitbürger berufen hat, wenn der Sache damit gedient ist; wir betrachten aber unsere Mission in dem Augenblick als beendet, in dem uns von zuständiger Stelle bedeutet wird, daß unser Ausscheiden allein die Gewähr bietet für den weiteren Fortbestand des deutschen Schulwesens in Polen. Im übrigen erachten wir es als unsere Pflicht, dem Herrn Minister zu seiner eigenen Information auch an dieser Stelle ausdrücklich zur Kenntnis zu bringen, daß in der Hauptversammlung des Deutsch-evang. Landesschulverbandes die berufene Vertretung der Schulgemeinden, abgesehen von einer kleinen Gruppe von Lehrern, die um ihre persönliche materielle Existenz besorgt ist, einmütig für die Erhaltung des Deutsch-evang. Landesschulverbandes als autonomer Organisation Stellung genommen hat.

Lodz, den 17. Januar 1919.

Die Direktoren des Deutsch-evang. Landesschulverbandes in Polen:
Korodi. Flierl.

* *

Im Zusammenhang mit dieser Zuschrift bittet uns der schultechnische Leiter des Deutsch-evang. Landesschulverbandes, Direktor Korodi, um Veröffentlichung folgender erläuternden Äußerung:

Das obige Schreiben ist nicht persönlich an den jetzigen Minister für Volksaufklärung gerichtet, es wurde zufällig gerade kurz vor Abgang seines Amtsvorgängers abgefaßt. Die anderweite Besetzung des Ministerpostens hat aber mit der Sache auch nichts zu tun, da es sich um eine Stellungnahme der obersten Unterrichtsbehörde als solcher handelt. Für den gegenwärtigen Vertreter des Ressorts der Staatsregierung dürfte es indes von Wert sein, eine zusammenfassende historische Darstellung der Vorgänge zu erhalten. Er wird daraus, zugleich an der Hand von Akten, ersehen, daß der augenblickliche Rechtszustand des deutschen Schulwesens unbedingt einer Klärung bedarf, die keinen Aufschub erleiden kann. Der Deutsch-evang. Landesschulverband ist seinerzeit — am 23. Juli 1917 — unter genauer Beobachtung der damals einzig und allein rechtsverbindlichen gesetzlichen Voraussetzungen gegründet worden, unter ausdrücklicher Zustimmung des Provisorischen Polnischen Staatsrates. Die formelle Genehmigung erfolgte (am 12. September 1917) ordnungsgemäß durch den Generalgouverneur; dem Landesschulverband wurde dadurch „die Eigenschaft einer öffentlichen Korporation verliehen". Andere Vertreter der polnischen Staatsgewalt gab es damals nicht, als die beiden genannten zuständigen Faktoren der Gesetzgebung: Generalgouverneur und Staatsrat. Der Generalgouverneur hat sodann — im Oktober 1917 — die Unterrichtsverwaltung und das Justizwesen an besondere polnische Ministerien abgegeben; beide Zweige der Staatsverwaltung wurden von den polnischen Behörden auch übernommen, ohne daß diese dagegen Einspruch erhoben hätten. Eine ausdrückliche Anerkennung dieses Rechtszustandes vollzog sich auch durch die Auszahlung des gesetzlich geregelten Staatszuschusses an den Landesschulverband zum 1. April, 1. Juli nnd 1. Oktober 1918 von Seiten der polnischen Unterrichtsverwaltung. Es ist uns nicht bekannt, daß diese Auszahlungen etwa unter Protest erfolgt seien; ebensowenig, daß eine gesetzliche Änderung eingetreten sei, die in einem konstitutionellem Staate ja auch nur im Wege der gesetzgebenden Körperschaft, der Volksvertetung, denkbar ist. Diese einzig mögliche Rechtsauffassung machte sich auch der Minister für Volksaufklärung in unzweideutiger Form zu eigen, indem er der Abordnung des Landesschulverbandes am 27. November v. J. erklärte „es werde alles beim alten bleiben, bis die Konstituante (der Landtag) weiteres verfüge" und daß in diesem Sinne eine Rundverfügung an alle Bezirksschulinspektoren herausgegeben werden solle. Diese Antwort des Herrn Ministers ist auch von den polnischen Zeitungen und zwar von diesen zuerst, — ohne unser Dazutun, — genau in dieser Form veröffentlicht worden.

Wenn nun trotzdem der fällige Staatszuschuß für das laufende Vierteljahr (Januar bis März 1919) an den Landesschulverband bisher nicht ausbezahlt worden ist, ohne daß andererseits der Landesschulverband aufgelöst worden wäre, so fehlt uns dafür jegliche zulängliche Erklärung; sie wird ohne Zweifel von dem neuen Vertreter der staatlichen Unterrichtsverwaltung in kürzester Zeit gegeben werden. Die Auflösung des Landesschulverbandes durch einfache Ministerialverordnung würde eine zum mindesten formale Rechtsbeugung bedeuten, der sich der Landesschulverband zwar zu fügen hätte, aber natürlich nicht ohne Rechtsverwahrung, die die führenden Männer füglich nicht nur sich selbst, sondern auch der von ihnen vertretenen Sache schuldig sind. Der Landtag wäre dann dazu berufen, über solchen Eingriff in seine Kompetenz von sich aus das letzte Wort zu sprechen. Wir sind jedoch vorläufig noch nicht berechtigt anzunehmen, daß der Herr Minister für Volksaufklärung sich zu einem so befremdlichen Vorgehen entschließen könnte.

Die Auffassung, daß alle Verfügungen der Okkupationsmächte mit dem Augenblick der Übernahme der gesamten Staatsverwaltung durch die polnische Regierung null und nichtig seien, ist unhaltbar. Denn folgerichtig wäre dann auch die Übergabe der Staatsverwaltung selbst rechtsungültig, und es hätte somit auch die Übernahme der Unterrichtsverwaltung durch das polnische Ministerium verweigert werden müssen. Ja noch mehr! Die Proklamation des selbständigen polnischen Staates war doch füglich auch ein Akt der Okkupationsmächte und ist weder vom polnischen Volk, noch von seiner berufenen Vertretung abgelehnt worden. Daß die Umbildung der Staatsform und seiner Institutionen in den Richtkreis der künftigen gesetzgebenden Körperschaft gehört, versteht sich allerdings von selbst. Wer es aber mit dem Wohlergehen des polnischen Staates gut meint, muß nur wünschen, daß sich diese Umbildung in solchen Formen vollzieht, daß ein freundschaftliches, wenn nur möglich herzliches Verhältnis der hauptsächlichsten Kulturträger im Lande dauernd verbürgt wird. Diese Neuordnung soll und darf nicht bloß einer vergänglichen Gefühlsaufwallung ihre Entstehung verdanken, aber das gefühlsmäßige Verstehen der beiden Völker ist doch ein Faktor, der nicht ausgeschaltet werden kann. Und den Boden dazu werden nicht in letzter Linie diejenigen vorbereiten, die von amtswegen berufen sind, dem Deutschtum in Polen seine geistigen Existenzmöglichkeiten zu schützen.

Lodz, 19. Januar 1919.

Lutz Korodi.

Eine Abordnung der Deutschen Volkspartei in Warschau.

Am 13. Januar l. J. hatte sich eine Delegation der Deutschen Volkspartei, bestehend aus den Herren Ludwig Wolff aus Pabianice und Oskar Friese aus Konstantynow, nach Warschau begeben, um dem Minister des Innern eine Denkschrift über die von Seiten eines Teiles der Bevölkerung an den deutschen landeseinsässigen Bewohnern verübten Willkür- und Gewaltakte zu überreichen. Unter diesen Gewalttätigkeiten hatten besonders die Rückwanderer viel zu leiden: einigen wurde das von den Okkupationsbehörden käuflich erworbene Vieh ohne Zurückerstattung des gezahlten Kaufpreises gewaltsam abgenommen, andere zwang man sogar für eine verhältnismäßig kurze Zeit der Nutznießung des Viehes enorm hohe Entschädigungen zu zahlen. An vielen Stellen wurde ihnen von der Ernte, die man von ihrem Lande eingesammelt hatte, gar nichts überlassen, während ihnen doch gesetzmäßig die Hälfte zukam, so daß die Ärmsten, aus jahrelanger Verbannung zurückgekehrt, zu Beginn des Winters gänzlich ohne Lebensmittel geblieben sind. An andern Orten wieder hat man die Schulen und Bethäuser gewaltsam geschlossen und die Lehrer einfach an die Luft gesetzt.

Der Zeitpunkt war für unsere Delegation nicht besonders günstig: sie kamen gerade zur Zeit der Neubildung der Regierung nach Warschau. Der Minister des Innern war verreist, der Viceminister stark beschäftigt, so daß die aus allen Teilen des Landes zugereisten Delegationen vom Hauptsekretär, Herrn Januszewski, empfangen wurden. Nach längerem Warten wurden unsere Delegierten endlich vorgelassen. Sie erklärten den Zweck ihres Kommens und überreichten die Denkschrift. Bereitwilligst wurde ihnen Abhilfe zugesagt: jeder in der Denkschrift aufgezählte Fall soll untersucht und die Gerechtigkeit wieder hergestellt werden.

Eine Audienz beim Landeschef, wie dies beabsichtigt war, konnten die Delegierten nicht erhalten, da derselbe ebenfalls mit der Neubildung der Regierung stark in Anspruch genommen war.

Da es indessen schon spät geworden war, so konnte unsere Delegation erst am nächsten Morgen beim Unterrichtsminister vorsprechen, wo sie Informationen über das Los unserer Schulen einholen wollten. Da der Minister krank war und sich vom Kultusminister vertreten ließ, so wurden unsere Delegierten von diesem empfangen. Der Minister erklärte, der Schulverband werde aufgelöst und alle Schulen verstaatlicht werden, doch soll der Unterricht in der deutschen Muttersprache erhalten bleiben.

Deutsche Volkspartei.

Am 22. Januar fand im kleinen Saale des Männergesangvereins eine Versammlung der Vertrauensmänner der Deutschen Volkspartei der Kreise Lodz, Lask und Brzeziny statt, die von rund 150 Personen besucht war.

Die Versammlung wurde um 11 Uhr 45 Min. vormittags vom ersten Vorsitzenden Herrn Hermann Bauer eröffnet, der zum Schriftführer Herrn Arnold Schöler berief und darauf einen ausführlichen Bericht über die Vorarbeit der Deutschen Volkspartei für die Landtagswahlen erstattete.

Hierauf gab Herr Landtagskandidat Oskar Friese einen Bericht über seine Reise nach Warschau.

Herr Lehrer Follak sprach sodann über das deutsche Schulwesen.

Herr Hermann Fiedler sprach über die Aufgabe der Vertreter, die am 26. d. M. in die verschiedenen Wahlkommissionen als Beisitzende abdelegiert werden sollen. Es wurden darauf Herren als Beisitzende bestimmt.

Zuletzt brachte ein Redner das Verhalten der Neuen Lodzer Zeitung vor, die durch ihre Hetzartikel eine Spaltung unter den hiesigen Deutschen hervorrufen will. Die Versammlung beschloß der Neuen Lodzer Zeitung einen scharfen Protest wegen diesem Verhalten zu übermitteln.

Aus der Arbeit des Deutschen Vereins.

Jugendabteilung Lodz des Deutschen Vereins.

Der Liederabend, der am vergangenen Sonntag im deutschen Jugendheim angesetzt war, sah einen solchen Andrang von Mitgliedern, daß neben dem Vortragssaal auch das Spielzimmer als Zuhörerraum dienen mußte. Dieser Umstand bewies, wie schon oft, daß die Namen Frau und Herr Dr. Schnapperelle hier einen selten anziehenden Klang haben.

Eingerahmt durch gemeinsame Gesänge vertrauter deutscher Volkslieder füllten die Gäste den Abend durch eine reiche Fülle gesanglicher und musikalischer Darbietungen aus, die allesamt nur ernste Namen trugen und in ihrer vollendeten Ausführung dazu geeignet waren, die Jugend für kurze Zeit aus einer Welt der Wirrnis in das Reich der Töne und Empfindungen hinüberzuleiten. Ein Einleitungssolo aus der Wagnerschen Oper „Tannhäuser" eröffnete einen Reigen der stimmungsreichsten Lieder, die vorzugsweise von Frau Dr. Schnapperelle unter Klavierbegleitung ihres Gatten mit einem auch die höchsten Lagen sicher beherrschenden Sopran vorgetragen wurden. Der rauschende Beifall, der von der Jugend nach jedem Liede gezollt wurde, war ein Beweis ihrer Wirkung. Wer konnte sich auch z. B. dem Eindruck der Frauengestalt der Mignon aus Goethes Meister-Roman verschließen, deren Sehnsucht nach dem Sonnenlande ihrer Kindheit in der gleichnamigen Opernvertonung so packend zum Ausdruck kommt? Ein gleiches kann auch von allen übrigen Vorträgen gesagt werden, von denen „Heimat" von Loewe, „Verborgenheit" von Wolff und „Ständchen" von Rich. Strauß hervorgehoben seien. Das reizend-heitere „Schließt ein die Zuckerplätzchen" nahm in dem schönen Liederstrauße einen Ehrenplatz ein.

Herr Dr. Schnapperelle sang mit seinem volltönenden Organ drei Lieder, darunter das auch heute zum Gemüt sprechende Lied Heines „Die zwei Grenadiere", das in Meister Schuberts Vertonung eine seltene Wucht und Klangfülle entfaltet. Es war also ein Abend nicht oft gebotener Genüsse, wofür der Versammlungsleiter im Namen der bedachten Jugendheimbesucher dem freundlichen Gästepaar seinen Dank aussprach.

Der heutigen Wahlen zum gesetzgebenden Landtag wegen fällt der übliche Unterhaltungsnachmittag aus. Am Abend versammeln sich die Mitglieder zu zwanglosem Beisammensein.

Wochenschau.

Nach längerer Zeit bedeutungsschwerer Erwägungen ist in Warschau nunmehr die Entscheidung gefallen: das sozialistische Kabinett Moraczewski ist unter Würdigung zwingender Umstände zurückgetreten und hat Männern von ausgesprochen nationaler Prägung Platz gemacht. Das Präsidium des neuen Kabinetts übernahm Ignacy Paderewski, ihm stehen folgende Herren zur Seite: Stanislaw Wojciechowski, Minister des Innern; Leon Supinski, Minister der Justiz; Kazimierz Hącia, Minister für Handel und Industrie; Stanislaw Janicki, Minister für Landwirtschaft und Staatsgüter; Jerzy Iwanowski, Minister für Arbeit und soziale Fürsorge; Hubert Linde, Minister für Post und Telegraphen; Zenon Przesnycki, Minister für Kultur und Kunst; Josef Pruchnik, Minister für öffentliche Arbeiten: Juljan Eberhardt, Leiter des Verkehrsministeriums; Josef Englisch, Minister der Finanzen; Antoni Minkiewicz, Minister der Verpflegung; Dr. Tomasz Janiszewski, Minister für öffentliche Gesundheit. Das Arbeitsprogramm des neuen Ministerpräsidenten hat zum Ziel: den Schutz der bedrohten Grenzen des Vaterlandes und sorgsame Obhut über den polnischen Soldaten; sofortige Hilfeleistung an die leidenden Massen unseres Volkes und besonders der durch den Krieg so sehr benachteiligten polnischen Arbeiterschar; möglichst baldige Beschaffung von Lebensmittelvorräten; möglichst schnelle Inbetriebsetzung der Arbeitsstätten durch Erleichterung der Beschaffung von Rohstoffen und der unumgänglichen Maschinen; Einführung einer gesunden Finanzwirtschaft mit Hilfe einer inneren und äußeren Anleihe und durch den Aufbau eines gerechten Steuersystems; Erhaltung der Ordnung im Lande; Übernahme des Schutzes über das Bildungs- und kulturelle Leben des Volkes, denn das Volk lebt nicht vom Brot allein

Die Regierung erließ einen Aufruf zur Zeichnung der polnischen Staatsanleihe.

Das Unwesen, das die Spartakisten treiben, greift in Deutschland von der Hauptstadt aus auch auf andere Großstädte über, und die sich an der Regierung behauptenden linken Parteien kämpfen gegen dasselbe mit allen Mitteln an. In der verflossenen Woche war in Berlin ein Übergriff der Menge nicht zu verhindern, die zwei der Führer der Umsturzbewegung und zwar Liebknecht und Rosa Luxemburg bei ihrer Überführung nach dem Gefängnis ermordete. Die Schuldigen sollen zur Verantwortung gezogen werden. Die bevorstehende Nationalversammlung findet alle gemäßigten Parteien einig zur Wahl und zur Abwehr jeder Art von Terror.

Die neuen Waffenstillstandsbedingungen, die für einen weiteren Monat gelten, legen Deutschland nicht minder schwere Bedingungen als die schon angenommenen auf. Demnach sind an die Entente abzuliefern weitere 500 Lokomotiven, 19000 Waggons und 65000 landwirtschaftliche Maschinen aller Art.

Irland hat sich auf Grund seiner Selbstbestimmungsrechte endgültig von England losgesagt und nach einem telegraphischen Zirkular des irischen Gesandten alle Beziehungen zu dem es unterdrückenden Lande abgebrochen.

Am 18. Januar wurde in Paris in feierlicher Weise die Friedenskonferenz eröffnet, die im Gebäude des Ministeriums des Auswärtigen tagen wird. Präsident Wilson und die Delegierten der übrigen Großstaaten wurden von einer vieltausendköpfigen Menge empfangen. Der französische Präsident Poincare eröffnete die erste Sitzung der Friedensdelegation mit einer längeren Rede, in der er auf Vergangenes und auf die Aufgaben des Kongresses im besonderen zu sprechen kam, wobei er unterstrich, daß die Bürgschaft für ein harmonisches Zusammenleben der Menschheit nur dann gegeben sei, wenn man bei Änderung der Weltkarte das Selbstbestimmungsrecht der kleinen und großen Völker frei üben und mit den geheiligten nationalen und religiösen Rechten der Minderheit in Einklang bringen werde. —nn.

Verantwortlicher Herausgeber und Schriftleiter: Gustav Ewald, Lodz. Druck: Gebr. Smolarski, Petrikauer Str. Nr. 44.